

Antrag

Hannover, den 16.06.2026

Fraktion der CDU

Führerscheine müssen günstiger werden - Mobilität darf nicht am Geldbeutel scheitern

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Die Kosten für den Erwerb eines Pkw-Führerscheins haben in den vergangenen Jahren ein besorgniserregendes Niveau erreicht. Aktuell liegen die durchschnittlichen Aufwendungen für die Fahrerlaubnis der Klasse B bei rund 3 400 Euro.¹ Besonders für junge Menschen, Auszubildende und Familien stellt dies eine erhebliche finanzielle Hürde dar. Gleichzeitig führen begrenzte Prüfungskapazitäten in vielen Regionen zu langen Wartezeiten², die den Zugang zusätzlich erschweren.

Gerade in einem Flächenland wie Niedersachsen bleibt der Führerschein für zahlreiche Menschen unverzichtbar. Der öffentliche Personennahverkehr kann insbesondere in ländlichen Regionen häufig keine gleichwertige Alternative bieten. Für den Weg zur Arbeit, zur Ausbildungsstätte oder zur medizinischen Versorgung sind in Niedersachsen viele Bürgerinnen und Bürger weiterhin auf individuelle Mobilität angewiesen. Des Weiteren setzen viele Ausbildungsbetriebe und Arbeitgeber den Besitz eines Führerscheins voraus. Der Führerschein ist damit nicht nur ein Fortbewegungsmittel, sondern eine zentrale Voraussetzung für Teilhabe, Chancengleichheit und wirtschaftliche Entwicklung. Vor diesem Hintergrund wiegen die derzeit bestehenden finanziellen Herausforderungen besonders schwer: Für viele wird der Erwerb der Fahrerlaubnis zunehmend erschwert, mit unmittelbaren Folgen für individuelle Lebenswege und den Arbeitsmarkt.

Die Bundesregierung hat inzwischen erste Reformschritte für einen bezahlbareren Führerschein auf den Weg gebracht. Entscheidend wird nun sein, diese Vorhaben zügig und praxisnah umzusetzen sowie bestehende landespolitische Handlungsspielräume konsequent zu nutzen. Ziel muss es sein, die Kosten für den Führerscheinwerb spürbar zu senken, Prüfungen schneller verfügbar zu machen und unnötige bürokratische Hürden abzubauen. Der Führerschein darf gerade in einem Flächenland wie Niedersachsen nicht zum Luxusgut werden.

Der Niedersächsische Landtag stellt fest, dass

- die stark gestiegenen Kosten und teils langen Wartezeiten bei Fahrausbildung und Prüfung den Zugang zum Führerschein zunehmend erschweren, soziale Ungleichheiten verstärken und insbesondere die Mobilitätschancen junger Menschen beeinträchtigen,
- bestehende Strukturen im Bereich der Fahrausbildung und -prüfung, insbesondere begrenzte Prüfungskapazitäten und starre Zugangsvoraussetzungen für Prüfpersonal, Reformbedarf aufweisen.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf,

1. die Prüfungskapazitäten deutlich auszuweiten, um Wartezeiten auf Fahrprüfungen zu verkürzen und zusätzliche Kosten zu vermeiden, die FahrSchülern durch lange Prüfungsfristen und hierdurch erforderliche zusätzliche Fahrstunden entstehen. Hierzu soll sich die Landesregierung für eine Öffnung des Zugangs zum Beruf des Fahrerlaubnisprüfers einsetzen, die Qualifikationsanforderungen praxisnäher ausgestalten und insbesondere erfahrenen Fahrlehrern, die

¹ <https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/fuehrerschein-soll-preiswerter-werden,fuehrerschein-200.html>.

² <https://www.haz.de/lokales/hannover/hannover-fahrschulen-warten-auf-termine-fuer-praktische-pruefung-4U6HB37GPJCIJNU7JAP6UJ5BZY.html>.

- nicht in einer Fahrschule tätig sind, nach entsprechender Zusatzqualifikation den Zugang zur Prüfertätigkeit als neue berufliche Perspektive ermöglichen,
2. den Wettbewerb bei der Durchführung von Fahrprüfungen zu stärken und Kosten zu senken, indem die bestehenden Spielräume für die Zulassung weiterer geeigneter Technischer Prüfstellen konsequent genutzt werden,
 3. die Terminvergabe für Fahrprüfungen durch digitale Verfahren zu beschleunigen und transparenter zu gestalten sowie den Bund bei seinem Vorhaben zu unterstützen, die Fahrausbildung insgesamt effizienter und kostengünstiger zu gestalten, insbesondere durch eine stärkere Nutzung digitaler Lernformate, den verstärkten Einsatz von Fahrsimulatoren sowie eine flexiblere Ausgestaltung der theoretischen Ausbildung,
 4. den von der Bundesregierung eingeschlagenen Weg zur Reform der Fahrschulungsausbildung konsequent zu unterstützen und sich für eine spürbare Senkung der Führerscheinkosten und den Abbau staatlich verursachter Kostentreiber einzusetzen,
 5. sich gegenüber dem Bund dafür einzusetzen, Fahrsicherheitstrainings stärker in die Fahranfängerausbildung einzubeziehen und deren Nutzung zu fördern, um die Verkehrssicherheit nachhaltig zu erhöhen.

Begründung

Der Führerschein ist für viele Menschen Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Gerade in Niedersachsen als Flächenland bleibt individuelle Mobilität ein entscheidender Standortfaktor für Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Lebensqualität.

Die aktuellen Entwicklungen zeigen jedoch, dass der Zugang zum Führerschein zunehmend erschwert wird. Hohe Kosten und lange Wartezeiten stellen insbesondere junge Menschen vor erhebliche Hürden. Dies kann dazu führen, dass Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten nicht wahrgenommen werden können. Dies bringt auch volkswirtschaftliche Nachteile mit sich, was es zu verhindern gilt.

Die Ursachen hierfür liegen nicht zuletzt in strukturellen Defiziten: begrenzte Prüfungskapazitäten, ein stark regulierter Prüfmarkt sowie teilweise überholte Ausbildungsstrukturen. Hier besteht dringender Reformbedarf.

Die auf Bundesebene angestoßene Reform der Fahrschulungsausbildung weist in die richtige Richtung. Die Landesregierung muss sich aktiv dafür einsetzen, dass bestehende Reformansätze konsequent und zügig umgesetzt werden. Ziel muss sein, den Führerschein wieder für breite Bevölkerungsschichten bezahlbar und zeitnah erreichbar zu machen, ohne dabei Abstriche bei der Verkehrssicherheit in Kauf zu nehmen. Eine Modernisierung der Fahrausbildung, mehr Wettbewerb bei Prüfstellen, zusätzliche Prüferkapazitäten sowie der Einsatz digitaler Lösungen bieten erhebliche Potenziale, um Kosten zu senken und Verfahren zu beschleunigen. Gleichzeitig muss gewährleistet bleiben, dass Reformen nicht zulasten der Verkehrssicherheit gehen.

Carina Hermann
Parlamentarische Geschäftsführerin